

Das Kita-Puzzle



Kinderbetreuung. Fehlende Kitaplätze auf der einen, schließende Betreuungseinrichtungen auf der anderen Seite – das ist kein Widerspruch, sondern die Folge unterschiedlicher Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland. Und selbst innerhalb einer Stadt sind die Umstände für Eltern je nach Wohnlage unterschiedlich. Im iwd-Interview beleuchtet Wido Geis-Thöne, Senior Economist für Familienpolitik im IW, die vertrackte Kita-Situation in Deutschland und erklärt, warum die nächste Betreuungskrise vor der Tür steht. —→ **Seiten 2-5**

Stromversorgung

Die Bundesregierung will den Strompreis senken. Geplant sind ein Industriestrompreis sowie die Absenkung der Stromsteuer und mehrerer Umlagen.

—→ **Seiten 6-7**

Arbeitsmarkt

Im April 2025 konnten in Deutschland rund 160.000 offene MINT-Stellen nicht besetzt werden. Allein in den Energie- und Elektroberufen fehlten fast 60.000 Mitarbeiter.

—→ **Seiten 14-15**

Weniger Kinder, neue Probleme

Kinderbetreuung. Die Geburtenzahlen in Deutschland gehen zurück, damit wird der generelle Bedarf an Betreuungsplätzen in Zukunft sinken. Allerdings gibt es hierbei große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland – und auch die Entwicklung an den Schulen bedarf einer differenzierten Betrachtung.



Babyboom? Das war einmal. In den 1950er und 1960er Jahren kamen in Deutschland im Schnitt noch jährlich 1,2 Millionen Kinder zur Welt, 2024 waren es nur noch rund 677.000. An diesem Trend wird sich auch in den kommenden Jahren kaum etwas ändern. Die Folge:

Laut Vorausberechnung des IW wird es im Jahr 2028 rund 12 Prozent weniger unter Dreijährige als 2023 geben. Die Zahl der Drei- bis Fünfjährigen wird in diesem Zeitraum um gut 14 Prozent sinken.

Wenn es weniger Kinder gibt, liegt der Schluss nahe, dass auch der Platzbedarf in Kitas und Schulen sinkt. Ganz so einfach ist es allerdings nicht, da zum einen bislang der Bedarf die tatsächlich verfügbaren Plätze überschritt und zum anderen Beginn und Ausmaß des Geburtenrückgangs regional sehr unterschiedlich sind – vor allem zwischen West- und Ostdeutschland. Zudem gilt es, zwischen den verschiedenen Betreuungs- und Bildungseinrichtungen zu differenzieren:

Kitas. Generell nimmt die Zahl der Kleinkinder überall in Deutschland ab, im Westen allerdings erst seit kurzer Zeit (Grafik):

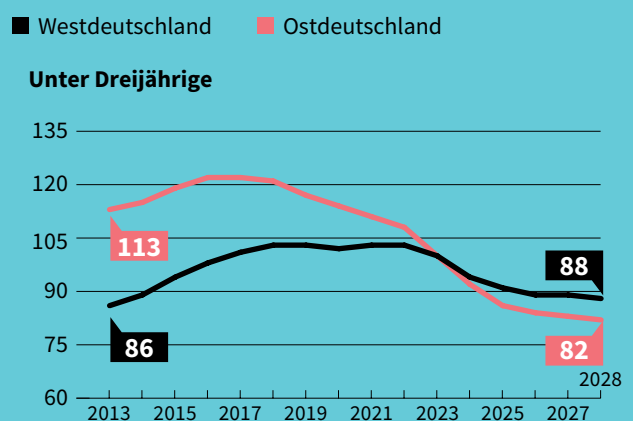
Die Zahl der unter Dreijährigen sinkt in Ostdeutschland bereits seit 2017, in Westdeutschland dagegen erst seit 2022.

Vor allem in den westdeutschen Flächenländern zeigt sich darüber hinaus ein starkes Gefälle zwischen Stadt und Land. So erreichte die Zahl der unter Dreijährigen in den städtischen Regionen bereits 2018 ihren Höchstwert, in ländlicheren Gegenden stieg sie noch bis 2022.

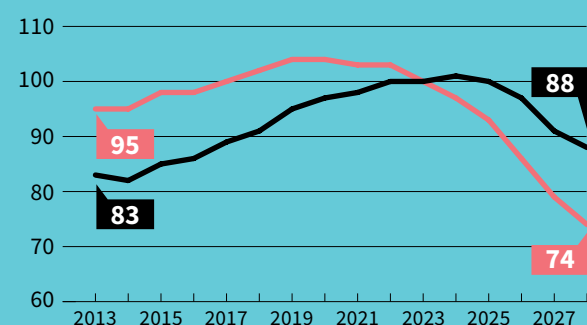
Hinzu kommt, dass die Kitalücke – also die Zahl der Kinder, die trotz Bedarfs der Eltern nicht betreut werden können – im Westen deutlich höher ist, das Betreuungsangebot im Osten dagegen weitestgehend bedarfsgerecht ausgebaut ist. In Zahlen ausgedrückt: Während im Jahr 2024 in den alten Bundesländern für rund 15 Pro-

Weniger Kleinkinder in Deutschland

Zahl der Kinder in diesem Alter, 2023 = 100



Drei- bis Fünfjährige



Ohne Berlin; ab 2024: Vorausberechnung

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder,
Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

zent aller Kinder unter drei Jahren ein Betreuungsplatz fehlte, waren es in den neuen Bundesländern nur gut 8 Prozent.

Die Konsequenz: Während der Bedarf an Kitaplätzen im Westen zunächst noch hoch bleibt, dürften die Einrichtungen im Osten perspektivisch weniger ausgelastet sein, da schon in den kommenden Jahren weniger Kinder einen Betreuungsplatz benötigen und die frei werdenden Plätze – anders als im Westen – nicht für bislang unbetreute Kinder gebraucht werden.

Daher sind regional differenzierte Konzepte nötig, um den tatsächlichen Bedarfen gerecht zu werden. Bund und Länder sind gefordert, sowohl auf Überkapazitäten als auch auf Engpässe in der Kinderbetreuung flexibel zu reagieren. Sinnvoll wäre es zum Beispiel, im Osten die Zahl der Kindertagesstätten zu verringern und die Beschäftigten in anderen Einrichtungen einzusetzen, um dort so den oftmals noch unzureichenden Betreuungsschlüssel zu verbessern.

Grundschulen. In Ostdeutschland sind die Kinderzahlen bereits so stark rückläufig, dass dort künftig weniger Grundschulplätze nötig sind. Dagegen müssen sich die Schulen in Westdeutschland auf größere Jahrgänge einstellen (Grafik):

Die Zahl der Sechs- bis Neunjährigen wird im Westen von 2023 bis 2027 um fast 4 Prozent steigen.

Entsprechend ist hier in naher Zukunft mehr Personal erforderlich – zumal erschwerend hinzukommt, dass Grundschulkinder in Deutschland ab dem Schuljahr 2026/2027 sukzessive einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung haben. Eine Entscheidung, die westdeutsche Kommunen als Schulträger vor deutlich mehr Probleme stellen dürfte, da die Betreuungsinfrastruktur im Osten bereits flächendeckend gut ausgebaut ist.

Weiterführende Schulen. Noch voller wird es in Zukunft wohl an den weiterführenden Schulen. Während es im Osten – dort wird die Zahl der Zehn- bis 15-Jährigen bis 2028 noch um rund 6 Prozent steigen und danach zurückgehen – möglich sein dürfte, frei werdende Räume von Grundschulen für die weiterführenden Schulen zu nutzen, ist die Lage im Westen komplizierter. Dort steigt die Zahl der älteren Kinder aufgrund der vergleichsweise geburtenstarken Jahrgänge 2016 bis 2021 noch bis ins Jahr 2031 an und liegt dann rund 16 Prozent über dem Niveau von 2023.

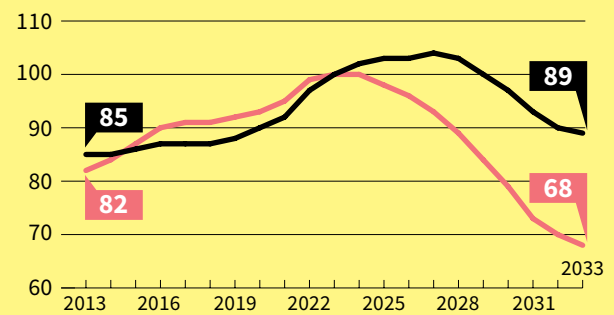
Bis dahin fehlt sowohl die Zeit, um mehr Lehrer auszubilden, als auch um zusätzliche Schulgebäude zu bauen – es kann also gut sein, dass die Klassen bald noch voller werden und sich der Betreuungsschlüssel verschlechtert, also eine Lehrkraft mehr Kinder unterrichten muss.

Platzbedarf an weiterführenden Schulen bleibt hoch

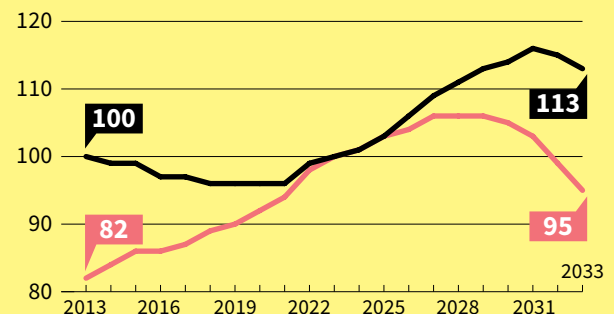
Zahl der Kinder in diesem Alter, 2023 = 100

■ Westdeutschland ■ Ostdeutschland

Sechs- bis Neunjährige



Zehn- bis 15-Jährige



Ohne Berlin; ab 2024: Vorausberechnung

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Damit die unabwendbaren Engpässe nicht vor allem Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Haushalten treffen und damit die Bildungsungleichheit steigt, muss die Politik ihr Handeln auf die nicht gymnasialen Schulformen fokussieren. Den absehbaren Personalmangel zumindest abschwächen könnten Quereinstiege, die nun noch stärker gefördert werden sollten.

IW-Report 23/2025

Wido Geis-Thöne: Regionale Disparitäten bei den Entwicklungen der Platzbedarfe in Kitas und Schulen

Kita gesucht



Kinderbetreuung. Je nach Ort unterscheidet es sich in Deutschland sehr stark, wie gut Kitas für Eltern erreichbar sind. Selbst innerhalb der Städte ist die Versorgung ungleich verteilt. Wohlhabende Stadtteile sind im Schnitt deutlich besser mit Kitas ausgestattet.

Seit rund zehn Jahren gibt es für Kinder ab dem ersten Lebensjahr in Deutschland einen rechtlichen Anspruch auf einen Kitaplatz. In der Praxis funktioniert das nur bedingt: Im vergangenen Jahr suchten Eltern von rund 300.000 Kindern vergeblich nach Betreuungsangeboten (siehe iwd 22/2024).

Diese sogenannte Kitalücke unterscheidet sich allerdings je nach Region (siehe Seiten 2–3). Und auch die Not, keine erreichbare Kita in der Nähe zu haben, ist höchst verschieden, wie eine neue IW-Studie zeigt (Grafik):

Die beste Versorgung der 52 größten deutschen Städte hat Heidelberg – hier kommen im Stadtdurchschnitt auf eine erreichbare Kita rund 61 Kinder im Alter von bis zu sechs Jahren.

Als erreichbar gelten dabei alle Kitas im jeweiligen Stadtteil des Kindes sowie jene, die darüber hinaus innerhalb von fünf Minuten vom Stadtteilmittelpunkt aus mit dem Auto erreicht werden können. In der zweitplatzierten Kommune Ulm sind es schon 71 Kinder je erreichbare Kita, in Frankfurt am Main 72. Besonders schlecht versorgt sind

neben Krefeld (166 Kinder pro erreichbare Kita) die Ruhrgebietsstädte Gelsenkirchen (166), Duisburg (159) und Essen (154).

Doch nicht nur zwischen den Städten, auch innerhalb der Stadtgrenzen sind die Unterschiede groß:

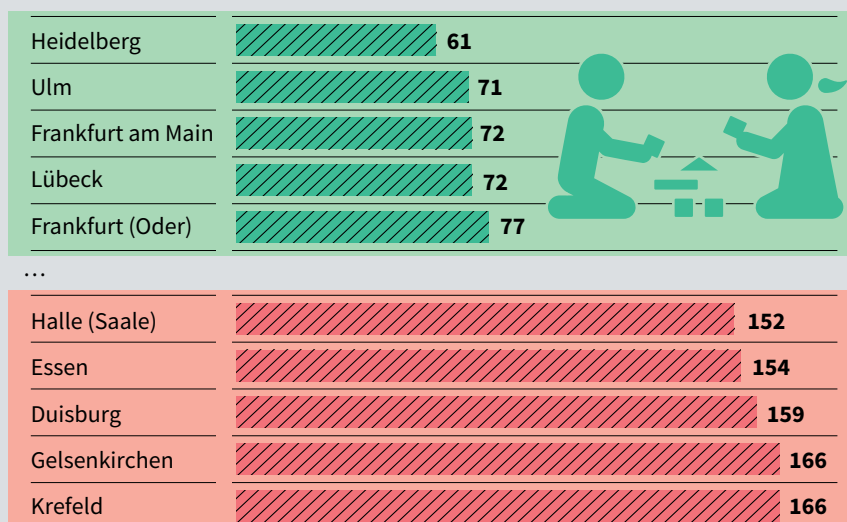
In wohlhabenden Vierteln gibt es im Schnitt etwa ein Drittel mehr Kitas als in sozial schwächeren Stadtteilen.

Zwar sind öffentliche Kitas den IW-Forschern zufolge im Bundesdurchschnitt etwas häufiger in sozial schwächeren Quartieren vertreten. Deutlich stärker fällt allerdings ins Gewicht, dass wohlhabende Stadtteile besser mit gemeinnützigen Kitas in freier Trägerschaft versorgt sind. In Ostdeutschland fehlt der abmildernde Effekt von öffentlichen Kitas auf sozio-ökonomisch benachteiligte Stadtteile gänzlich.

All dies zeigt: Dort, wo frühkindliche Bildung am dringendsten gebraucht wird und am meisten hilft, ist sie am rarsten. Um gegen diese Ungleichheit anzugehen, müssen die betroffenen Kommunen den Ausbau von Kitas in sozial schwächeren Stadtteilen forcieren. Helfen könnten zudem die Unterstützung von dortigen Elterninitiativen sowie eine bessere Steuerung freier Träger.

Kita-Versorgung: Die besten und die schlechtesten Städte

So viele Kinder bis sechs Jahre kommen in diesen Städten auf eine erreichbare Kita



Stadtdurchschnitt gewichtet nach der Zahl der Kinder in den Stadtteilen; erreichbar: alle Kitas im Stadtteil des Kindes sowie alle darüber hinaus, die innerhalb von fünf Minuten vom Stadtteilmittelpunkt aus mit dem Auto erreicht werden können
Quellen: Google Places API, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 41/2025

Matthias Diermeier, Jan Engler, Melinda Fremerer, Leon Wansleben: Kita-Versorgungsungleichheiten – eine Analyse auf Stadtteilebene

Interview. Sinkende Geburtenzahlen entlasten vielerorts die Kitas – doch nicht überall in Deutschland. **Wido Geis-Thöne**, Senior Economist für Familienpolitik und Migrationsfragen im IW, erklärt, warum der Osten derzeit besser dasteht als der Westen und wieso nun auf die Schulen große Herausforderungen zukommen.

„Aus der Kitakrise wird bald die Schulkrise“



Foto: IW

Die Geburtenzahlen in Deutschland sind derzeit niedrig. Gehören Eltern, die keinen Kita-Betreuungsplatz für ihr Kind finden, bald der Vergangenheit an?

In Ostdeutschland ist das mittlerweile ohnehin kaum noch ein Problem. Im Westen wird es auch sicherlich kleiner werden. Allerdings hängt das von der Entwicklung der Betreuungsbedarfe ab. Für diese sind wiederum auch die Kitagebühren von Bedeutung, die die Kommunen bestimmen. Direkt verschwinden wird das Problem voraussichtlich nicht.

Müssen sich Eltern im Osten darauf einstellen, dass Kitas und Grundschulen schließen müssen?

Da wird man nicht drum herum kommen. Das haben die ostdeutschen Kommunen aber auch erkannt, in Rostock wird zum Beispiel schon konkret darüber diskutiert.

Ein anderer Punkt ist natürlich die Frage, was dann mit dem Personal passiert. Da wäre es wichtig, die Beschäftigten auf andere Einrichtungen zu verteilen, um dort den Betreuungsschlüssel zu verbessern.

Wie sieht es mit den Betreuungszeiten aus? Könnte man diese nicht verbessern, um vor allem mehr Müttern die Chance auf einen Vollzeitjob zu geben?

In Ostdeutschland ist eine Betreuung bis 17 Uhr schon flächendeckend Standard. Das Problem der verkürzten Öffnungszeiten ist ebenfalls ein westdeutsches.

Ein Vorschlag von Ihnen ist, im Osten die frei werdenden Kapazitäten von Grundschulen für die weiterführenden Schulen zu nutzen. Geht das so einfach?

In gewissem Rahmen, ja. Man kann zum Beispiel einzelne leer stehende Räume einer Grundschule für Gymnasialklassen freigeben, wenn es in der weiterführenden Schule räumliche Engpässe gibt und beide Gebäude eng beieinanderstehen.

Im Westen werden die Klassen laut Ihrer Prognose bald voller. Auf welche Klassengrößen müssen sich die Lehrkräfte einstellen?

Das ist schwer zu beziffern. Fest steht, dass die Klassen in den alten Bundesländern größer werden – zunächst in der Grundschule, dann in

den weiterführenden Schulen. Das liegt daran, dass die Geburtenzahlen im Westen von 2010 bis 2016 stark zunahmen und anschließend in vielen Regionen auf hohem Niveau blieben. Im Jahr 2021 gab es nochmals einen Anstieg, erst dann kam der Einbruch.

Dazu kommt noch die Frage, wie der kommende Rechtsanspruch auf die Ganztagsbetreuung umsetzbar ist. Im Westen ist es eher so, dass das Ganztagsangebot über die Schulen geregelt wird und die Lehrkräfte zum Teil auch da noch eingebunden sind.

Ist so überhaupt noch vernünftiger Unterricht möglich?

Wir müssen damit rechnen, dass verschiedene Probleme aus der Kita auf die Schulen übergehen – aus der Kitakrise wird bald die Schulkrise. Ein großes Problem ist das fehlende Lehrpersonal. Da man mehr Lehrpersonen nicht so schnell ausbilden kann, wird es wahrscheinlich auf häufigere Unterrichtsausfälle hinauslaufen. Wie sich das im Einzelnen gestaltet, hängt auch vom jeweiligen Bundesland und von der Schulform ab.

Es geht ums Ganze

Stromversorgung. Die Bundesregierung plant, die Steuern und Umlagen auf Strom zu senken und damit die Bürger bei den Energiekosten zu entlasten. Damit würde sie dem Wunsch der allermeisten Verbraucher nachkommen. Niedrigere Strompreise können aber nur ein erster Schritt sein, wenn es darum geht, die Stromversorgung in Deutschland effizienter zu gestalten.

„Sofortmaßnahme“ ist das Schlagwort – entschlossen und schnell will die Bundesregierung den Strom in Deutschland spürbar vergünstigen. Konkret verspricht der Koalitionsvertrag, die Stromsteuer auf das europäische Minimum zu senken. Das hieße, den Steuersatz für private Haushalte von 2,05 auf 0,1 Cent je Kilowattstunde zu reduzieren, für Industrieunternehmen von 1,54 auf 0,05 Cent. Die Einnah-

men aus der Stromsteuer, die 2023 bei 6,8 Milliarden Euro lagen, würden dadurch fast gänzlich wegbrechen.

Zudem wollen CDU/CSU und SPD mehrere Umlagen abschaffen, die den Strom bislang ebenfalls verteuert haben – beispielsweise die Offshore-Netzumlage. Damit müsste die öffentliche Hand auf weitere 8,8 Milliarden Euro verzichten.

Insgesamt dürfte das angekündigte Strompreispaket den Staat

jährlich mehr als 15 Milliarden Euro kosten.

Je Verbrauchseinheit gerechnet, würden private Haushalte am meisten von den Entlastungsplänen der Bundesregierung profitieren (Grafik):

Wird das Strompreispaket umgesetzt, müsste ein durchschnittlicher Vierpersonenhaushalt mit 34 Cent je Kilowattstunde 5,5 Cent weniger für Strom zahlen als derzeit.

Bei einem Verbrauch von 4.000 Kilowattstunden würde die Familie knapp 220 Euro pro Jahr sparen.

Auch die vorherige Ampelkoalition hatte die Absicht, die Bürger von den steigenden Energiekosten zu entlasten. Damit der – zur Gestaltung der Energiewende beabsichtigte – Anstieg des CO₂-Preises die privaten Energieverbraucher nicht überfordert, wollte die Regierung Scholz eine Direktzahlung, das sogenannte Klimageld, auf den Weg bringen. Realisiert wurde das aber nicht.

Die neue Regierung unter Kanzler Friedrich Merz trifft mit ihrem geplanten Strompreispaket den Nerv der Bevölkerung offenbar deutlich besser, wie die IW-Personenbefragung aus dem vergangenen Jahr zeigt (Grafik Seite 7):

Im Frühjahr 2024 sprachen sich 84 Prozent der Bundesbürger dafür aus, von den steigenden Energiekosten über einen niedrigeren

Strompreis: Bundesregierung plant Entlastung

Strompreis in Cent je Kilowattstunde (kWh)

- Status quo
- Nach der geplanten Entlastung durch die neue Bundesregierung
- Differenz

Vierpersonenhaushalt, Stromverbrauch: 4.000 kWh pro Jahr	39,5	34,0	5,5
Gewerbe, Stromverbrauch: 20.000 kWh pro Jahr	39,3	34,7	4,6
Industrie, Stromverbrauch: 500.000 kWh pro Jahr	28,1	24,0	4,1

Der Strompreis setzt sich zusammen aus Beschaffungskosten, Netzentgelten sowie Steuern, Umlagen und Abgaben

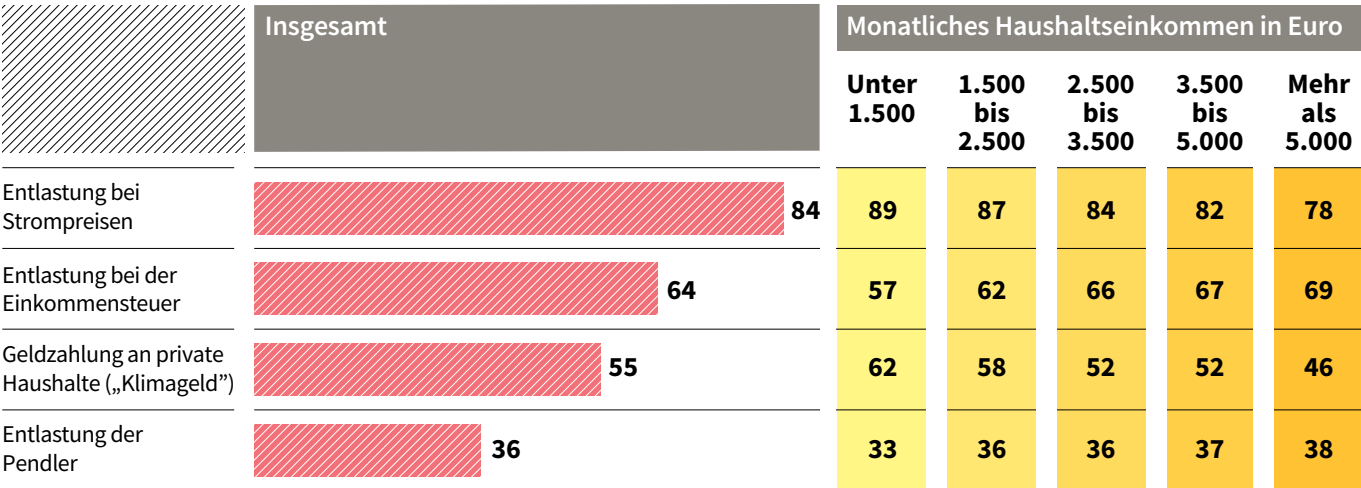
Entlastung: Absenkung der Stromsteuer, Abschaffung der Offshore-Netzumlage, der KWK-Umlage und der Umlage nach § 19 StromNEV

Quellen: Statistisches Bundesamt, Übertragungsnetzbetreiber, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

CO₂-Kosten: Bürger wünschen sich Entlastung über den Strompreis

Seit 2021 werden die CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen mit einem Preis belegt, der sukzessive steigt. Zur Entlastung der Bürger hatte die Ampelkoalition ein Klimageld geplant, die jetzige Bundesregierung will stattdessen den Strompreis reduzieren – unter anderem über eine Senkung der Stromsteuer.

So viel Prozent der Befragten in Deutschland waren 2024 dafür, auf diesem Weg durch den Staat von den steigenden CO₂-Preisen entlastet zu werden



Befragung von 5.350 Personen im Frühjahr 2024
Haushaltseinkommen: im Jahr 2023
Quellen: Bilendi&respondi, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Strompreis entlastet zu werden – das Klimageld wünschten sich nur 55 Prozent.

Von jenen Haushalten mit einem Monatseinkommen unter 1.500 Euro waren sogar 89 Prozent für eine Kostenentlastung beim Strom.

Das nun avisierte Strompreis-paket würde auch kleinere Gewerbe- und mittlere Industriebetriebe besserstellen, ihr Strompreis könnte je nach Verbrauch um bis zu 4,6 Cent je Kilowattstunde sinken.

Für Industrieunternehmen, die besonders energieintensiv produzieren, gelten bereits verschiedene Ausnahmeregelungen bei Steuern, Umlagen und Netzentgelten. Hier plant die Bundesregierung weitere Entlastungsmaßnahmen, zum Beispiel bei der sogenannten Strompreiskompensation. Sie gleicht die Mehrkosten aus, die den Unternehmen in der EU durch den europäischen Emissionshandel in der Stromerzeugung gegenüber Konkurrenten aus Drittstaaten entstehen.

Die vorgesehene Ausweitung der Strompreiskompensation sowie die ebenfalls geplante Einführung eines Industriestrompreises dürften aber kaum kurzfristig umzusetzen sein – viele Details sind noch unklar und beide Maßnahmen werden eine Zustimmung der EU-Kommission erfordern.

Grundsätzlich hat die Bundesregierung richtig erkannt, dass das Absenken des Strompreises den Industriestandort Deutschland stärkt. Günstigerer Strom trägt darüber hinaus dazu bei, die deutsche Wirtschaft schneller von fossilen Energieträgern auf – möglichst grüne – Elektrizität umzustellen und damit die Energiewende voranzubringen. Die Akzeptanz dieser Transformation dürfte zudem wachsen, wenn die Bürger sich über eine niedrigere Stromrechnung freuen können.

Allerdings stehen den geplanten Entlastungen der Stromkunden hohe Kosten für den Staatshaushalt

gegenüber – das Problem der bisher zu teuren Energie am Standort Deutschland wird also nur verlagert. Daher muss die Bundesregierung zusätzlich zwingend das Stromsystem in Deutschland auf mehr Effizienz trimmen, sprich: kostensparend umgestalten.

Dabei gilt es unter anderem, die erneuerbaren Energien, die Netze, die Stromspeicher und die regelbaren Kraftwerke bedarfsgerecht auszubauen. Außerdem sollte das Stromnetz vorzugsweise überirdisch wachsen – schließlich sind Freileitungen deutlich günstiger und schneller zu verlegen als Erdkabel.

IW-Kurzbericht 49/2025
Andreas Fischer, Thilo Schaefer: Strompreis-paket – Kurzfristige Entlastung für Haushalte und KMU

IW-Kurzbericht 43/2025
Andreas Fischer, Ralph Henger: Abkehr vom Klimageld – Mehrheit für Strompreissenkung

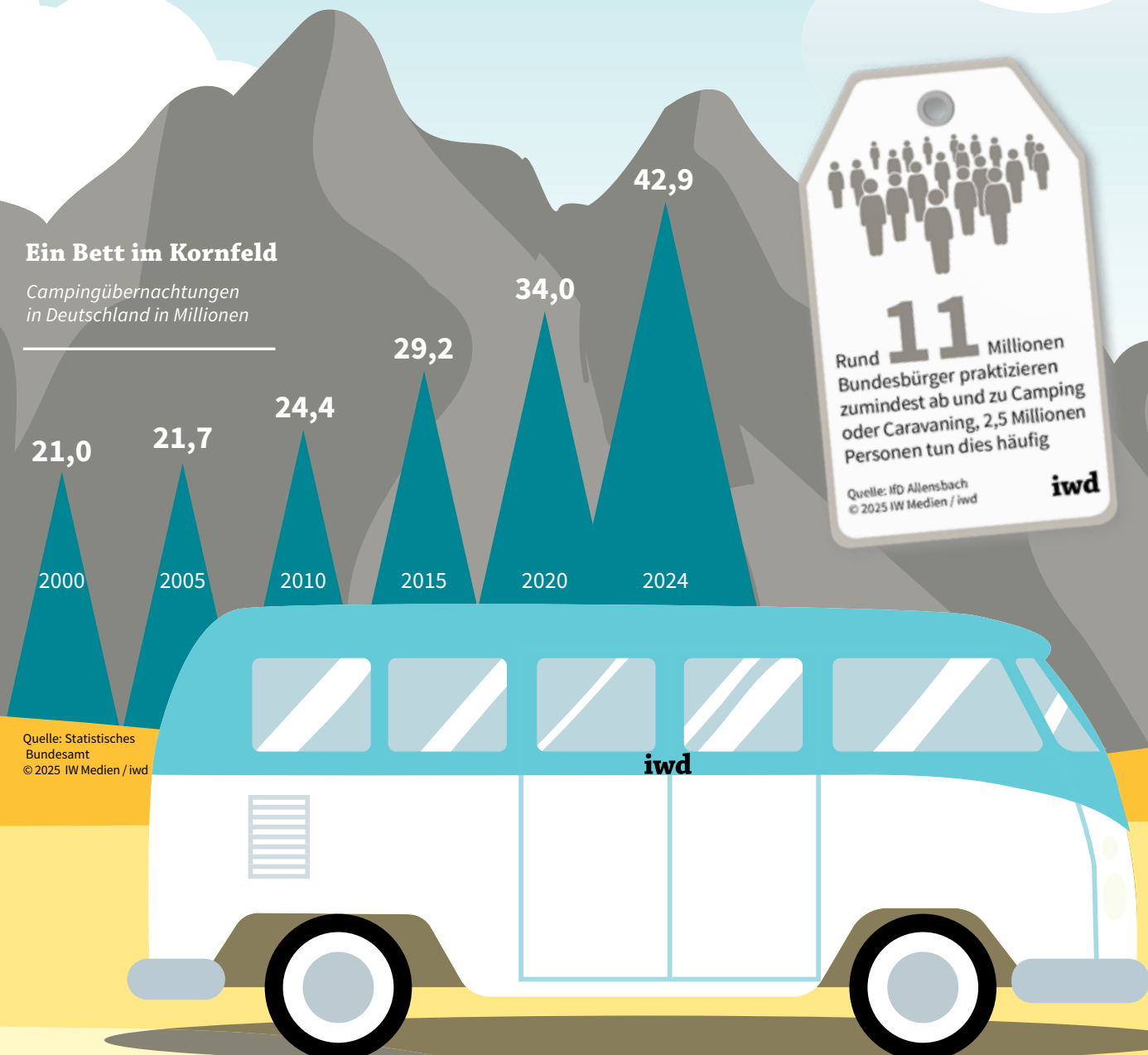
Rolling Home

Caravaning. Ob Glamping im 1,5 Millionen Euro teuren Luxus-Truck mit Whirlpool auf der Dachterrasse oder schlicht im Dachzelt auf dem eigenen Auto: Immer mehr Bundesbürger begeistern sich fürs Camping. So haben auf deutschen Campingplätzen im vergangenen Jahr so viele Menschen übernachtet wie noch nie. Fast 43 Millionen Gästeübernachtungen zählte das Statistische Bundesamt, davon entfielen rund 38 Millionen auf inländische Touristen. Ein Plus gab es 2024 auch bei der Zahl der neu zugelassenen Freizeitfahrzeuge – sie legte um knapp 7 Prozent auf rund 96.000 zu. Mittlerweile besitzt

damit fast jeder 45. Deutsche ein Zuhause auf Rädern. Für die deutschen Hersteller und Händler von Freizeitfahrzeugen ist 2024 trotzdem nicht ganz so glanzvoll verlaufen, wie sie es seit Corona gewohnt waren: Der Gesamtumsatz ging um gut 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück, bei Neufahrzeugen betrug das Minus sogar 14 Prozent. Manche heimischen Hersteller führten angesichts der schleppenden Nachfrage Kurzarbeit ein oder pausierten die Produktion. In der Folge fertigten sie 2024 annähernd 13 Prozent weniger Wohnmobile und 24 Prozent weniger Wohnwagen als 2023.

Ein Bett im Kornfeld

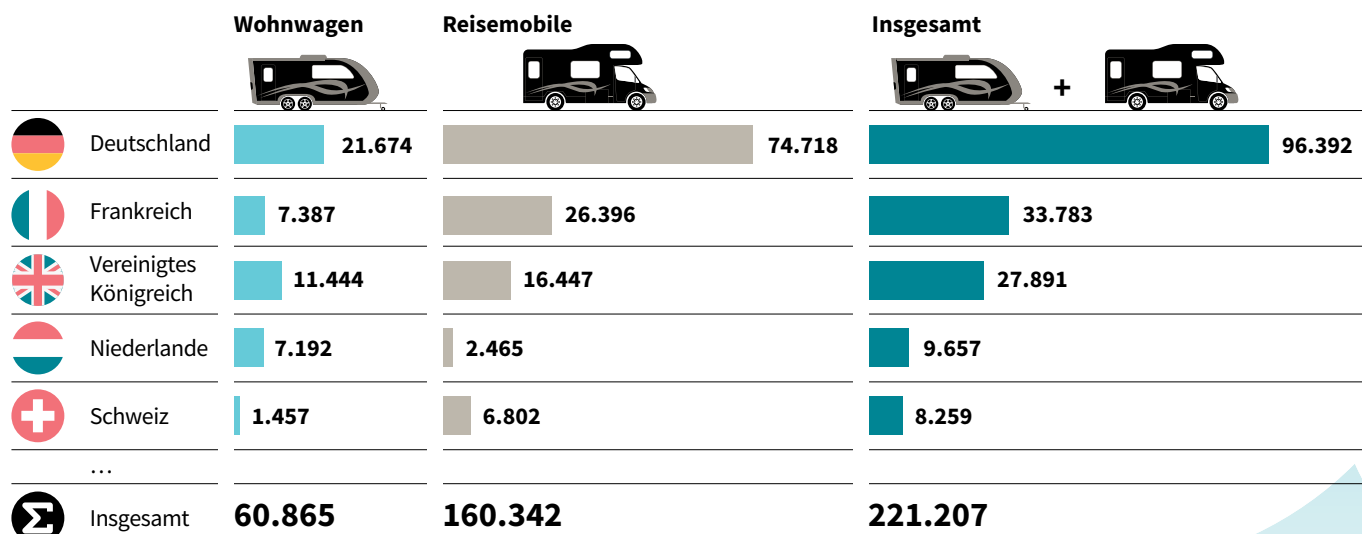
Campingübernachtungen
in Deutschland in Millionen



Quelle: Statistisches
Bundesamt
© 2025 IW Medien / iwd

Die größten Reisemobilisten

Neuzulassungen von Freizeitfahrzeugen in Europa im Jahr 2024



Insgesamt: EU-Staaten sowie Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz und Vereinigtes Königreich

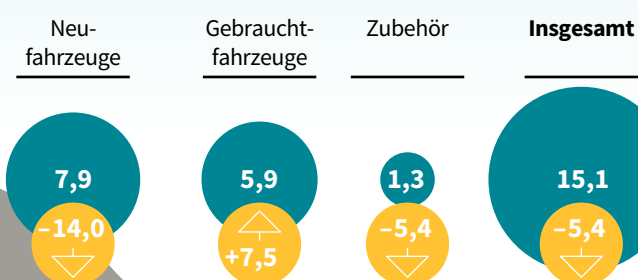
Quelle: European Caravan Federation
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Weniger Knete mit Caravans

So viele Milliarden Euro setzte die deutsche Freizeitfahrzeug-industrie im Jahr 2024 um

■ Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



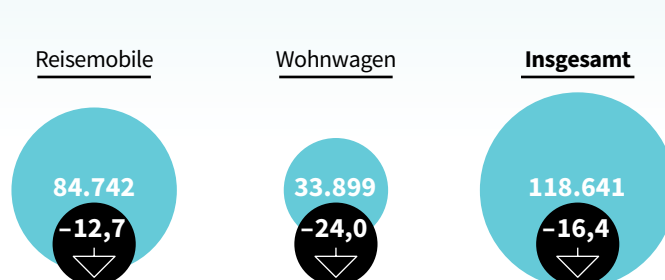
Quelle: Caravaning Industrie Verband
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Frisch vom Band

So viele Freizeitfahrzeuge produzierten deutsche Hersteller im Jahr 2024

■ Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

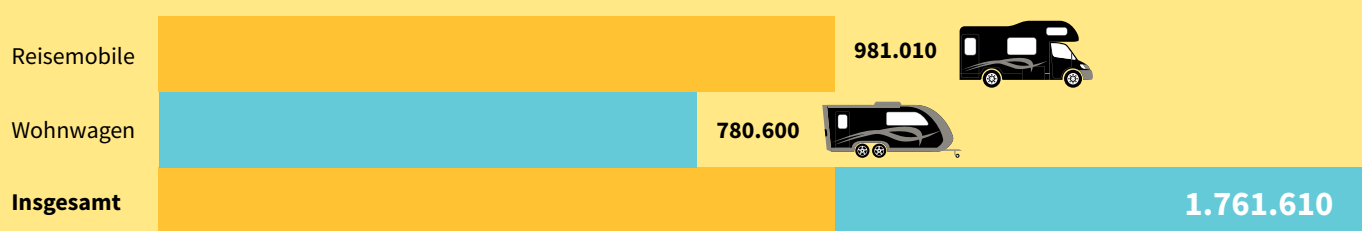


Quelle: Caravaning Industrie Verband
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Womo oder Haus am Haken?

So viele Bundesbürger besaßen Anfang 2025 ein Freizeitfahrzeug



Quelle: Caravaning Industrie Verband
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Gerecht – aber nicht überall

Gesellschaft. In Deutschland geht es im Großen und Ganzen gerecht zu. Das unterstreicht der neue internationale Gerechtigkeitsindex, in dem die Bundesrepublik im vorderen Drittel landet. Allerdings ergeben sich aus den mittelmäßigen Ergebnissen einiger Teilbereiche klare Aufträge für die Politik.

Gerechtigkeitsindex: Skandinavische Länder dominieren

In den sechs Kategorien Bedarfsgerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit, Chancengerechtigkeit, Einkommensgerechtigkeit, Regelgerechtigkeit und Generationengerechtigkeit wurden anhand von insgesamt 43 Einzelindikatoren Indexwerte für 34 OECD-Staaten ermittelt. Das Land, das bei einem Indikator am besten abschnitt, erhielt 100 Punkte, das schlechteste 0. Mittelwert aller Teilbereiche für das Jahr 2022

Rang

1		Norwegen	74,8
2		Schweden	73,5
3		Dänemark	72,8
4		Island	71,0
5		Finnland	70,9
6		Luxemburg	68,0
7		Neuseeland	66,4
8		Österreich	65,3
9		Belgien	65,3
10		Deutschland	64,2
...			
17		Frankreich	59,9
...			
25		Vereinigtes Königreich	54,2
...			
29		Japan	51,5
30		USA	49,6
...			
34		Türkei	32,0

Quellen: Bertelsmann Stiftung, Energy Institute, Eurostat, OECD, Schneider/Boockmann (2022), Stiftung Familienunternehmen, Weltbank, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Was ist gerecht? Einfache Frage, schwierige Antwort. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat sich im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen dieser Aufgabe mit seinem internationalen Gerechtigkeitsindex gestellt. Die Forscher verwendeten für ihren Vergleich von 34 der 38 OECD-Staaten 43 Einzelindikatoren, die sie sechs Gerechtigkeitskategorien zuordneten (siehe Kasten). Die neuesten Daten lagen dabei flächendeckend für das Jahr 2022 vor. Besonders gerecht geht es demnach im Norden Europas zu (Grafik):

Skandinavien dominiert mit Norwegen, Schweden und Dänemark auf den ersten drei Plätzen den Gerechtigkeitsindex.

Mit Island und Finnland folgen zwei weitere Nordlichter. Deutschland erreicht im Ranking den zehnten Rang. Deutlich schlechter stehen unter anderem Japan (Platz 29) und die USA (Platz 30) da. Das abgeschlagene Schlusslicht des Rankings ist die Türkei.

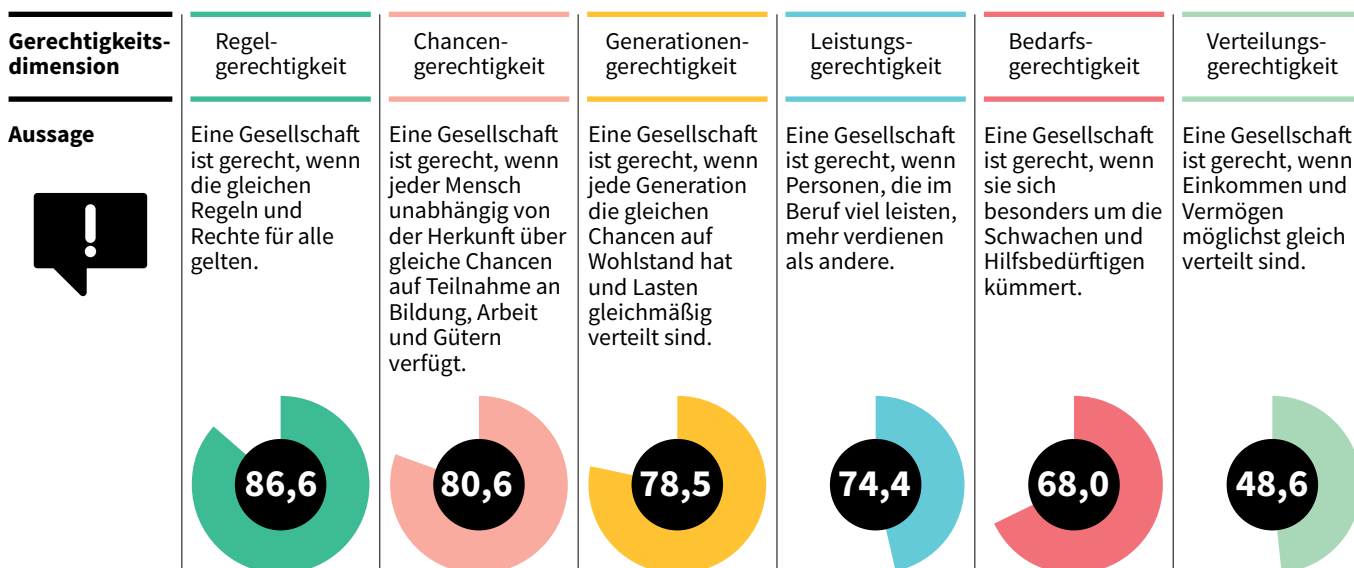
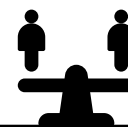
Was auffällt: In zwei für die Bevölkerung wichtigen Dimensionen schneidet die Bundesrepublik verhältnismäßig gut ab. So erreicht Deutschland bei der Bedarfsgerechtigkeit – also der Frage, ob jeder erhält, was er zur Sicherung seiner Existenz benötigt – einen sechsten Platz. Die Verantwortung gegenüber künftigen Generationen (Rang 9) setzte Deutschland im Jahr 2022 durch eine im Vergleich zu anderen Ländern ambitionierte Klimapolitik und nachhaltige Finanzpolitik aufgrund des Schuldenabbaus effektiv um.

Deutlich schlechter schneidet die Bundesrepublik dagegen in den Kategorien Regelgerechtigkeit (Rang 14) sowie Chancengerechtigkeit (Rang 17) ab. Verbesserungen sind hier dringend nötig, denn für die deutsche Bevölkerung sind dies die wichtigsten Dimensionen (Grafik Seite 11):

Die Menschen im Land halten es laut einer aktuellen IW-Befragung unter Gerechtigkeitsaspekten für besonders wichtig, dass für jeden die gleichen Regeln und Rechte gelten und Chancengleichheit für alle besteht.

Gleiches Recht für alle

So viel Prozent der Bundesbürger stimmen dieser Aussage zu



Befragung von 3.267 Bundesbürgern im Dezember 2024

Quellen: Stiftung Familienunternehmen, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Um Fortschritte in Sachen Regelgerechtigkeit zu machen, muss die Politik dafür sorgen, dass bürokratische Hürden abgebaut und der administrative Aufwand für Unternehmen und Bürger reduziert werden. Ein schlanker und effizienter Staat, der auf überflüssige Formulare und langwierige Genehmigungsverfahren verzichtet, stärkt die Effizienz der öffentlichen Verwaltung und schafft Vertrauen durch Planungssicherheit.

Für eine höhere Chancengerechtigkeit im Land ist Bildung der Schlüssel. Vor allem sollte die Regierung gezielt Gruppen fördern, die bislang vernachlässigt wurden. Dazu zählen Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien. Auch die frühkindliche Förderung von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund ist ein entscheidender Punkt für mehr Chancengleichheit und bessere Aufstiegsmöglichkeiten.

Gutachten

Dominik Enste, Rebecca Gabel, Jennifer Potthoff:
Internationaler Gerechtigkeitsindex
Gutachten im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen

Aus wissenschaftlicher Perspektive lassen sich sechs Gerechtigkeitsdimensionen mit jeweils unterschiedlichen theoretischen Konzeptionen voneinander unterscheiden (siehe Grafik Seite 10).

Bedarfsgerechtigkeit: Jeder erhält, was er zur Sicherung seines Bedarfs (Existenzminimum) benötigt.

Leistungsgerechtigkeit: Jeder erhält, was ihm entsprechend seiner individuellen Leistung zusteht.

Chancengerechtigkeit: Jeder hat zu Beginn die gleichen Ausgangsbedingungen für Teilhabe an Bildung, am Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Leben.

Einkommensgerechtigkeit: Einkommen und Lasten sind gleichmäßig verteilt.

Regelgerechtigkeit: Gleiche Regeln und gleiches Recht für alle.

Generationengerechtigkeit: Jede Generation sorgt für eine ausgewogene Verteilung von Ressourcen, Rechten und Pflichten zwischen den verschiedenen Generationen.

Die EU muss sorgsam abwägen

Digitalsteuer. Die USA drohen, auf Warenimporte aus Europa hohe Zölle zu erheben. Die Europäische Union könnte das unter anderem mit Steuern auf digitale Dienstleistungen kontern. Die EU muss allerdings darauf achten, sich mit dem Vorhaben nicht selbst zu schaden.

Ausgang ungewiss – die USA und die EU verhandeln wieder über ein Zollabkommen, doch ob ein Ergebnis zustande kommt und wie es aussieht, ist angesichts der Launen von US-Präsident Donald Trump schwer vorherzusehen. Die Europäer tun also gut daran, alles für den Fall vorzubereiten, dass die US-Regierung am Ende doch den Zollhammer schwingt.

Eine Option sind Beschränkungen des Dienstleistungshandels, da die EU hier gegenüber den USA ein Defizit aufweist und somit der Zugang zum europäischen Markt für US-Tech-Unternehmen wichtig ist.

Die EU-Kommission erwägt eine EU-weite Digitalsteuer. Einige Staaten haben eine solche Steuer bereits eingeführt (Grafik):

Frankreich erhebt schon seit 2019 eine Digitalsteuer – unter anderem auf Online-Werbung – und hat damit im vergangenen Jahr knapp 800 Millionen Euro eingenommen.

Würde die EU als Ganze eine solche Steuer einführen, könnte sie Schätzungen zufolge Einnahmen von jährlich 4 bis 5 Milliarden Euro erzielen.

Das klingt verlockend – und doch könnte sich die EU mit einer falsch

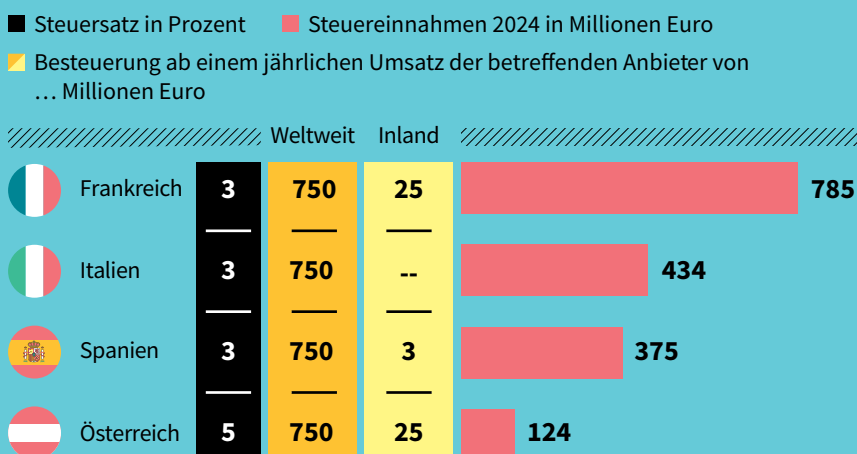
ausgestalteten Digitalsteuer am Ende selbst schaden. Entscheidend ist nicht zuletzt, wo die Steuer ansetzt. Erhebt die EU die Abgabe etwa auf Umsätze von Online-Marktplätzen wie Amazon Marketplace, könnten die Anbieter die steigenden Kosten zumindest teilweise an die lokalen Händler, die die Plattform nutzen, weiterreichen. Vermutlich würden am Ende auch die Konsumenten in der EU höhere Preise zahlen müssen.

Zudem gilt es, bei allen Ansatzpunkten der Digitalsteuer die große Marktmacht der US-Tech-Konzerne zu berücksichtigen – sprich: zu prüfen, ob die europäischen Nutzer der digitalen Dienstleistungen überhaupt auf andere als die US-Anbieter ausweichen könnten. Gegebenenfalls könnte die EU gezielte Anreize für den Auf- oder Ausbau europäischer Alternativen setzen.

Und selbst wenn die EU die Argumente für eine Digitalsteuer für überzeugend genug hält, sind die Hürden für die Umsetzung hoch. Denn die Hoheit für die Steuererhebung liegt bei den einzelnen Mitgliedsstaaten, die die Abgabe einstimmig beschließen müssten – angesichts der sehr unterschiedlichen Interessenlagen ein schwieriges Unterfangen.

Digitalsteuern in der EU

So besteuern diese EU-Staaten Umsätze aus Online-Werbung, Online-Marktplätzen sowie dem Verkauf von Nutzerdaten



Österreich: nur Besteuerung von Online-Werbung

Quellen: nationale Finanzpläne, nationale Gesetze, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 47/2025

Samina Sultan, Henrik Förster: Digitalsteuern als Gegenmaßnahme im US-Handelsstreit?

Das Ziel ist klar, der Weg nicht

Steuerpolitik. Die neue Bundesregierung will Alleinerziehende stärker entlasten, sagt aber noch nicht wie. Um sowohl eine gerechtere Einkommensverteilung zu erreichen als auch adäquate Arbeitsanreize zu setzen, wäre eine Mischung aus Freibetrag und Steuergutschrift eine gute Idee.

Wenn Eltern verheiratet sind, können sie steuerlich mit dem Ehegattensplitting Geld sparen. Alleinerziehende – davon gibt es mehr als drei Millionen in Deutschland, vier von fünf sind Frauen – haben diese Möglichkeit nicht. Bislang erhalten sie im Gegenzug einen zusätzlichen steuerlichen Freibetrag von 4.260 Euro pro Jahr, mit jedem weiteren Kind steigt er um 240 Euro.

Der Haken: Vom Freibetrag profitieren nur Alleinerziehende, die Einkommensteuer bezahlen. Je höher das Einkommen, desto näher kommen sie dem maximalen Entlas-

tungsbetrag von derzeit 1.790 Euro im Jahr. Viele von ihnen finden sich aber in den unteren Einkommensklassen wieder (Grafik):

Knapp 70 Prozent der Alleinerziehenden in Deutschland gehören zur einkommensschwächeren Hälfte aller deutschen Haushalte.

Die neue Bundesregierung will Alleinerziehende unterstützen und steuerlich besserstellen, so sieht es der Koalitionsvertrag vor. Was jedoch fehlt, ist der klare Plan, wie dies umgesetzt werden soll. Denkbar wäre es, den Freibetrag anzuheben oder das System zu einer Steuergut-

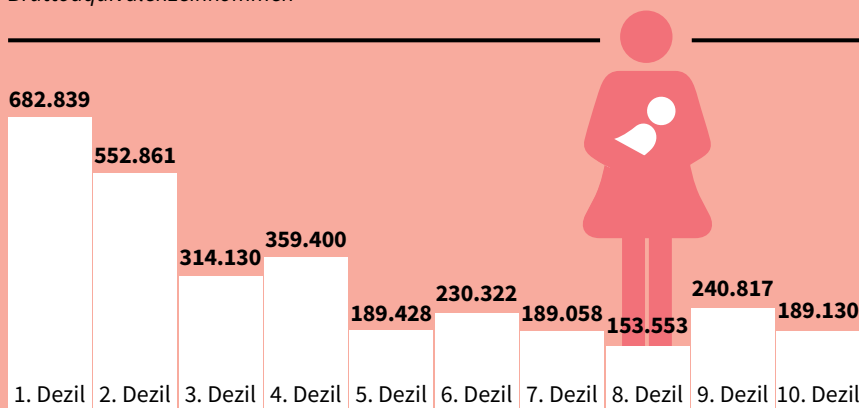
schrift zu entwickeln, welche der Staat unabhängig vom Einkommen gewährt.

Was es dabei zu berücksichtigen gilt, sind die Effekte auf die Einkommensverteilung und die Arbeitsanreize. So würde etwa eine reine Steuergutschrift zielgenauer Alleinerziehende mit kleinen und mittleren Einkommen entlasten, allerdings kaum verbesserte Arbeitsanreize bieten, da die Höhe des Einkommens für die Gutschrift keinerlei Rolle spielt.

Das IW spricht sich daher für eine Kombination der beiden Optionen aus: Zu einer Steuergutschrift in Höhe von 1.000 Euro sollte eine anschließende Teilanrechnung von 33,3 Prozent kommen – also im Prinzip eine Steuererstattung von 33,3 Cent auf jeden weiteren Euro des zu versteuernden Einkommens. Dieses System sollte greifen, bis eine Gesamtentlastung von maximal 2.000 Euro im Jahr bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von rund 3.100 Euro erreicht wird. So ließen sich Verbesserungen bei Verteilungsgerechtigkeit und der steuerpolitischen Effizienz in Einklang bringen.

Alleinerziehende verdienen meist wenig

So viele Alleinerziehende in Deutschland gehören diesem Dezil der Bruttoäquivalenzeinkommen an; 1. Dezil/10. Dezil = 10 Prozent der Haushalte mit den niedrigsten/höchsten Bruttoäquivalenzeinkommen



Das Bruttoäquivalenzeinkommen ergibt sich aus dem Gesamteinkommen eines Haushalts sowie der Zahl und dem Alter der von diesem Einkommen lebenden Personen, um eine Vergleichbarkeit zwischen verschiedenen Haushaltstypen zu schaffen

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

Warum MINT gewinnt

Arbeitsmarkt. Auch wenn die Fachkräftelücke für MINT-Beschäftigte weiter geschrumpft ist, gibt es keinen Grund zur Entwarnung. Denn die großen Transformationsthemen wie Digitalisierung oder Dekarbonisierung sind ohne genügend qualifizierte Mitarbeiter kaum zu bewerkstelligen.

Aufgrund der schwachen Konjunktur ist die MINT-Fachkräftelücke in Deutschland zuletzt weiter geschrumpft. Seit Mitte 2022 sinkt die Zahl der bundesweit offerierten MINT-Stellen, die nicht besetzt werden können – im April 2025 lag sie um gut 30 Prozent unter dem Vorjahreswert (Grafik):

Zuletzt gab es in Deutschland in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik eine Arbeitskräfte-lücke von 163.600 Personen.

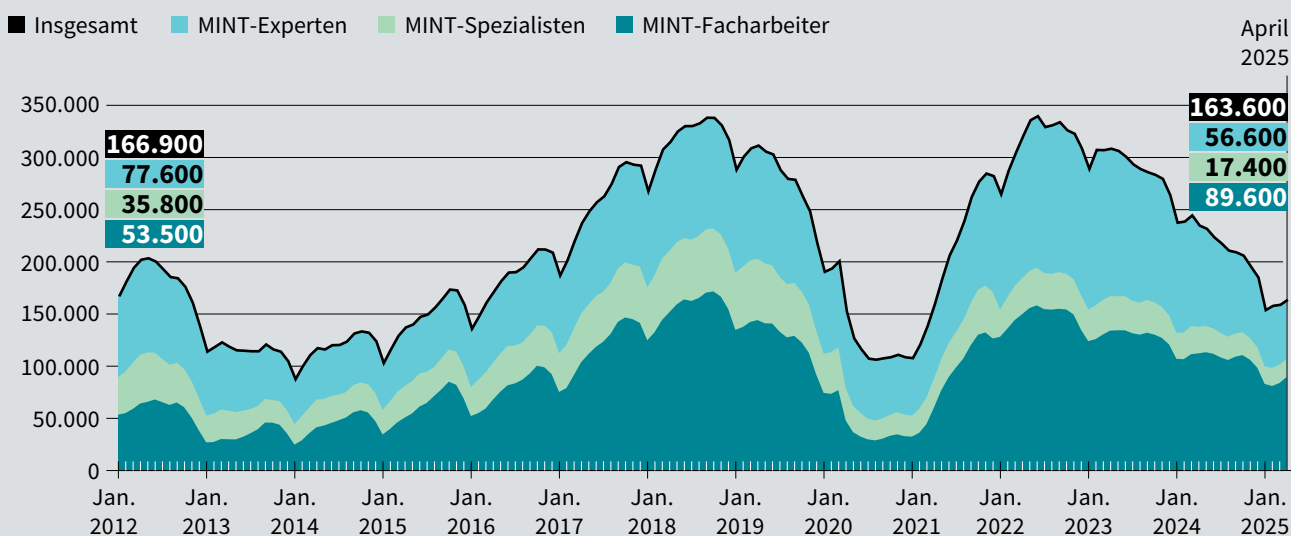
Der größte Engpass zeigt sich bei den MINT-Facharbeitern, also denjenigen, die eine Berufsausbildung absolviert haben; hier fehlten

im April dieses Jahres 89.600 Fachkräfte. Der MINT-Expertenmangel – in der Regel sind dies Akademiker – betrug 56.600 Personen und der der MINT-Spezialisten – dies sind oftmals Meister oder Techniker – bezifferte sich auf 17.400 Personen.

Doch ein Blick auf die größten Mangelberufe zeigt, warum selbst

MINT-Berufe: Die Fachkräftelücke

So viele Personen mit diesem Qualifikationsniveau fehlten in Deutschland, um alle offenen MINT-Stellen zu besetzen



MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik

MINT-Experten: meist Akademiker; MINT-Spezialisten: meist Techniker und Meister; MINT-Fachkräfte: meist Ausbildungsabsolventen

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2025 IW Medien / iwd

eine kleiner werdende MINT-Fachkräftelücke problematisch ist: Mit aktuell 57.800 fehlenden Mitarbeitern in den Energie- und Elektroberufen dürfte es schwer werden, klimafreundliche Technologien und Produkte zu entwickeln. Auch die Digitalisierung kommt weniger schnell voran, wenn wie derzeit rund 11.200 MINT-Fachkräfte in IT-Berufen fehlen. Und wie soll in absehbarer Zeit mehr gebaut werden, wenn 26.100 MINT-Beschäftigte in Bauberufen fehlen?

Dabei gibt es viele gute Gründe, eine MINT-Qualifikation zu erwerben:

- Mit einer MINT-Ausbildung oder einem MINT-Studium lassen sich überdurchschnittlich hohe Löhne erzielen. So zeigen Daten der Bundesagentur für Arbeit, dass die Medianlöhne von Beschäftigten im MINT-Bereich deutlich höher sind als im Durchschnitt aller Vollzeitbeschäftigten: Ende 2023 – dies sind die neuesten Daten – kam ein sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigter auf einen monatlichen Medianbruttolohn von 3.796 Euro, MINT-Beschäftigte erzielten 4.498 Euro. Betrachtet man die drei MINT-Qualifikationsniveaus getrennt, ist der Lohnabstand zwischen MINT-Fachkräften und allen Fachkräften am größten: Der Medianlohn aller Fachkräfte liegt bei 3.519 Euro, der von MINT-Fachkräften bei 3.856 Euro, das entspricht einem Plus von nahezu 10 Prozent.

- MINT-Studiengänge sind klassische Aufsteigerstudiengänge. Der Anteil der Bildungsaufsteiger – also an Personen mit Hochschulabschluss, deren Eltern keinen akademischen Abschluss haben – beträgt in den Ingenieurwissenschaften rund 66 Prozent. In der Medizin liegt der Anteil bei 57 Prozent, in den Rechtswissenschaften bei 43 Prozent.

- Im MINT-Segment gibt es mehr unbefristete Arbeitsverhältnisse und mehr Vollzeit-Beschäftigungsverhältnisse als im Durchschnitt aller Berufe.

- Viele Unternehmen gehen von einem steigenden Bedarf an MINT-Fachkräften aus (Grafik):

Um die Dekarbonisierung zu bewältigen, rechnen 35 Prozent der Unternehmen in den kommenden Jahren mit einem höheren Bedarf an IT-Experten, die klimafreundliche Produkte und Technologien entwickeln helfen.

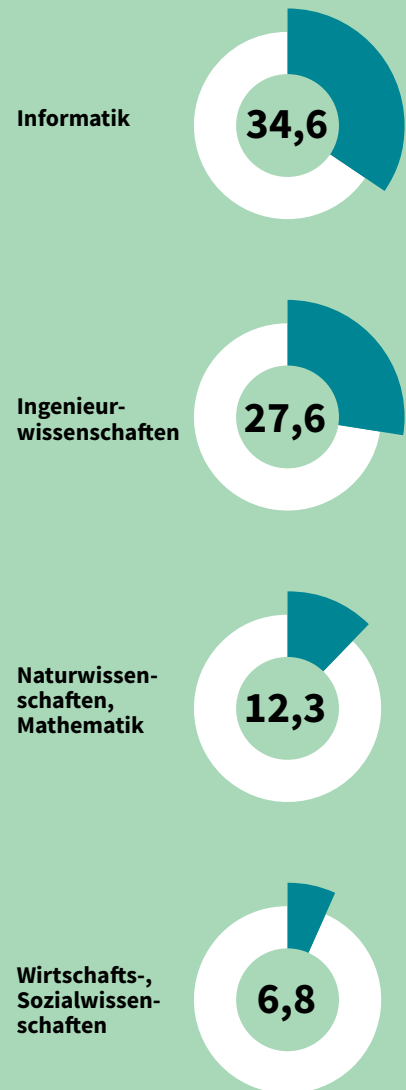
Besonders viele Betriebe erwarten einen steigenden Fachkräftebedarf an beruflich qualifizierten MINT-Fachkräften: So geben dies rund 44 Prozent der Unternehmen an, während nur 30 Prozent von einem steigenden Bedarf an beruflich qualifizierten kaufmännischen Fachkräften ausgehen.

Gutachten

Christina Anger, Julia Betz, Axel Plünnecke:
MINT-Frühjahrsreport 2025 – Arbeitsmarktbericht. Gute Gründe für MINT

MINT-Qualifikationen: Wichtig fürs Klima

So viel Prozent der Unternehmen rechnen aufgrund der Dekarbonisierung mit einem steigenden Bedarf an Akademikern dieser Studienfachrichtungen in den kommenden fünf Jahren



Befragung von 628 Unternehmen von November 2023 bis Januar 2024 im Rahmen des IW-Zukunftspanels

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** €13,31/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Abo-Service:** Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwdmedien@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwdmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post

Zahl der Woche

Studenten an staatlich anerkannten Hochschulen haben im Jahr 2024 das Deutschlandstipendium erhalten, wie das Statistische Bundesamt mitteilt. Das entspricht – gemessen an allen Studenten im Wintersemester 2024/2025 – einem Anteil von 1,2 Prozent.

Das Deutschlandstipendium honoriert seit dem Sommersemester 2011 hervorragende Leistungen, gesellschaftliches Engagement und den Umgang mit persönlichen Hürden im Lebenslauf. Die Stipendiaten erhalten über mindestens zwei Semester hinweg einen monatlichen Zuschuss von 300 Euro. Eine Hälfte davon finanziert der Bund, die andere Hälfte stammt von privaten Mittelgebern, die die Hochschulen selbst anwerben. Insgesamt kamen so im Jahr 2024 rund 34 Millionen Euro Fördermittel zusammen – ein Anstieg um 2,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Zu den Geldgebern zählen vor allem Kapitalgesellschaften, Vereine, Genossenschaften und Stiftungen, aber auch Privatpersonen und Einzelunternehmen beteiligten sich am Stipendienprogramm. Im bundesweiten Vergleich vergaben die Hochschulen im Saarland die meisten Förderungen an ihre Studenten – knapp 2 Prozent von ihnen erhielten dort das Deutschlandstipendium. Am geringsten war der Anteil der Stipendiaten mit 0,5 Prozent in Thüringen.

Top-Liste: Festival-Fieber

Sommer, Sonne, Festival – für viele Musikfans bald wieder schöne Realität. In den Sommermonaten strömen Tausende Menschen jedes Jahr auf Musik-events in der ganzen Republik. Ob Electro, Hip-Hop, Jazz oder Heavy Metal – zu jeder Musikrichtung findet sich ein passendes Festival. Die meisten Besucher hierzulande verzeichnete im vergangenen Jahr das Wacken Open Air, eines der beliebtesten Metal-Festivals weltweit. Platz zwei teilten sich die Festival-Geschwister Rock am Ring und Rock im Park, die jedes Jahr zeitgleich und mit größtenteils identischem Line-up stattfinden. Und die größten Festivals der Welt? Internationale Vergleiche gestalten sich aufgrund der unterschiedlichen Zählweisen schwierig. Viele Veranstalter zählen die Besucher jedes Tages einzeln und addieren sie für die offizielle Zahl, allerdings dauern die Festivals unterschiedlich lang. Das weltweit bekannte Tomorrowland-Festival in Belgien läuft zum Beispiel an zwei verschiedenen Wochenenden, während die Festivals in Deutschland in der Regel an zwei bis vier aufeinanderfolgenden Tagen über die Bühne gehen.

Festivals: Wo die meisten Fans feierten

Besucherzahlen im Jahr 2024 auf diesen Musikfestivals in Deutschland

Wacken Open Air (Wacken, Schleswig-Holstein)	85.000
Rock am Ring (Nürnberg, Rheinland-Pfalz)	80.000
Rock im Park (Nürnberg, Bayern)	80.000
Fusion (Lärz, Mecklenburg-Vorpommern)	79.000
Hurricane (Scheeßel, Niedersachsen)	75.000
Parookaville (Weeze, Nordrhein-Westfalen)	75.000
Southside (Neuhausen ob Eck, Baden-Württemberg)	65.000
Deichbrand (Wanhöden, Niedersachsen)	60.000
Nature One (Kastellaun, Rheinland-Pfalz)	50.000
Summer Breeze (Dinkelsbühl, Bayern)	45.000

Quelle: Festivalveranstalter
© 2025 IW Medien / iwd

iwd